

Das HiBs-Team informiert: Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung

Am 12. März hatten der CDU-Kreis- und Stadtverband Wolfenbüttel gemeinsam zu einem Forum mit dem Titel „Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung“ in das „Solferino“ eingeladen. Bei den eingeladenen Referenten, die die CDU-Vorsitzenden Frank Oesterhelweg und Andreas Meißler begrüßten, handelte es sich um Staatssekretär Stefan Muhle sowie Professor Dr. Reza Asghari und Professor Dr. Matthias Pierson von der Ostfalia Hochschule.



Der CDU-Kreisvorsitzende Frank Oesterhelweg verband mit seinen einleitenden Worten nicht nur positive Aspekte der Digitalisierung, sondern zeigte zugleich die gesellschaftlichen und sozialen Konsequenzen auf. Staatssekretär Stefan

Muhle ging in seinem Impulsvortrag auf sämtliche Bereiche des Masterplans für die Digitalisierung in Niedersachsen ein. Bildung, Kultur, Wissenschaft und Forschung, medizinische Versorgung und Wirtschaft würden dabei die wichtigsten Schwerpunkte bilden. Für den Ausbau der Breitbandversorgung in der Region Wolfenbüttel fand er lobende Worte. Professor Dr. Matthias Pierson stellte das Wirtschaftsrecht in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Dabei verdeutlichte er anhand der technischen Entwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten, welche Bedeutung beispielsweise Urheber- und Persönlichkeitsrechte erhalten haben. Die Forschung und Unternehmensgründungen, einschließlich der damit verbundenen massiven Veränderungen auf die globale, digital geprägte Wirtschaft, zeigte Professor Dr. Reza Asghari den interessierten Zuhörern auf. Eine hohe Gründerquote, Risikokapital und schnelle Entscheidungsprozesse sind dabei seiner Auffassung nach unerlässlich. Den Vorträgen schloss sich eine Diskussions- und Fragerunde an, in der Themen wie die Umsetzung der Digitalisierungsinitiative, die Einführung des 5-G Standards und Uploadfilter ausführlich erörtert werden konnten. Das Forum klang nach dem Schlusswort des CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Andreas Meißler mit einem gemütlichen Beisammensein und anregenden Gesprächen aus.

Erster Spatenstich zur Ortsumgehung Marienhagen / Weenzen



Trotz stürmischen Windes zeigten die beiden CDU-Landtagsabgeordneten Laura Rebuschat und Uwe Schünemann strahlende Gesichter beim ersten Spatenstich zur Ortsumgehung Marienhagen / Weenzen. So begann am 04. März der Bau der Ortsumgehung von Weenzen und Marienhagen. Durch den Ausbau der B240 werden nicht nur die Anwohner entlastet, auch die Region Holzminden erhält eine bessere Anbindung an die Landeshauptstadt Hannover. Die Kosten für den 5,1 Kilometer langen Abschnitt betragen 61,5 Millionen Euro und die ersten Autos werden voraussichtlich im Jahr 2024 fahren. Ein großer Dank

geht an die Bürgerinitiativen B240 und Pro Ortsumgehung Marienhagen für ihren stetigen Einsatz.

„Mittagsgespräch“ mit Uwe Schünemann, Staatssekretär Ferlemann, Bürgerinitiativen und Bürgermeistern

„Wir sind froh, dass die Maßnahmen für die B64 und die B240 auf den Weg gebracht sind“, eröffnete der Landtagsabgeordnete Uwe Schünemann das „Mittagsgespräch“, zu dem er Enak Ferlemann, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, die Bürgerinitiativen Westumgehung und B240, den Bürgermeister aus der Samtgemeinde Eschershausen-Stadtoldendorf sowie Markus Brockmann und Uta Weiner-Kohl von der Landesbehörde Straßenbau in Hameln eingeladen hatte. Alles Menschen, die die sich um die Verbesserung der Anbindung Holzmindens sorgen, stellte der CDU-Landtagsabgeordnete fest. Er habe Staatssekretär Ferlemann, die Vertreter von Bürgerinitiativen, der Straßenbauverwaltung und der Kommunen an einen Tisch geholt, um gemeinsam dafür zu arbeiten, die Infrastruktur der Region weiter zu verbessern. Schünemann dankte dem Staatssekretär für seinen Einsatz in der Region sowie den Bürgerinitiativen, die sich für den Straßenbau und Verbesserung einsetzen. Julia Amos von der

B1 Westumgehung betonte, dass sich die Initiative deshalb gegründet habe, um für eine andere Trasse der Westumgehung bei Eschershausen einzustehen. „Es ist vernünftig, die Bundesstraßen 64 und 240 zu ertüchtigen“, unterstrich Staatssekretär Ferlemann. „Wir müssen noch mehr für die bessere Erreichbarkeit tun.“ Deshalb sei auch die Arbeit der Initiative B240 und der B1 Westumgehung so wichtig.



Jetzt müssen zwei Hürden überwunden werden, damit die stadtfremde Trasse, die gewünscht wird, auch durchkommen kann. Zunächst muss sie die Wirtschaftlichkeitsprüfung bestehen, wonach für jeden investierten Euro mindestens ein Euro erwirtschaftet werden kann. Die zweite Hürde wird die ökologische Folgenabschätzung sein, wenn die neue Trasse durch ein Stück Wald führen soll. An dieser Stelle muss geklärt werden, welche Folgen das für die Natur und beispielsweise bedrohte

Arten hätte. Und dann dürfe es keine Klagen geben. Zum Ende der Veranstaltung bekräftigte Staatssekretär Ferlemann noch, dass sich der demografische Wandel bei der Zuteilung von Straßenbaugeldern „absolut positiv“ auswirke. Denn wenn die Bevölkerungszahl sinke, müsse alles getan werden, um die Struktur zu verbessern und die Erreichbarkeit auszubauen.

„Was wir für die Honigbiene tun können?“



Am 15. März lud die CDU-Landtagsabgeordnete Veronika Koch zu einem erfolgreichen Infonachmittag zum Thema „Was wir für die Honigbiene tun können?“ auf den Heeseberg nach Jerxheim ein. Für die Veranstaltung im Lokal „Heese 5“

konnte sie als prominenten Redner den Landtagsvizepräsidenten und Umweltexperten Frank Oesterhelweg MdL gewinnen. Mit ihm standen weitere Fachexperten für die anschließende Diskussion zur Verfügung: Dr. Hannes Beims, Bieneninstitut des Niedersächsischen Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES), Michael Reddemann, Erster Vorsitzender Imkerverein Helmstedt e.V., und Felix von Horn, Landwirt aus Wobeck.

Sportstättenanierung beschlossen – Schatta zeigt sich erfreut



Der Niedersächsische Innenminister Boris Pistorius hat am 04. März die Förderrichtlinie für das Landesprogramm zur Sanierung der niedersächsischen Sportstätten angekündigt. Eine Entscheidung, die auf sehr viel Zuspruch der Landtagsabgeordneten aus der Region stößt. „Wie bereits im

November 2018 angekündigt, bringen wir gemeinsam mit der SPD und der Landesregierung ein Sportstättenanierungsprogramm auf den Weg, von dem auch Braunschweig profitieren kann“, so der CDU-Landtagsabgeordnete Oliver Schatta. „Insgesamt 100 Millionen Euro aus der sogenannten VW-Milliarde stehen ab sofort für die Sanierung kommunaler Sport- und Vereinssportstätten bereit. Wir können einen Beitrag dazu leisten, unsere bestehende Sportinfrastruktur zu erhalten und den vorhandenen Sanierungsstau deutlich zu reduzieren.“

Das Sportstättenanierungsprogramm hat eine Laufzeit bis Ende 2022. „Es soll kein ‚Windhund-Prinzip‘ geben“, betonte Schatta. „Stattdessen sind vier Antragsstichtage während der Laufzeit des Programms vorgesehen. Der erste bereits am 31. Mai 2019, damit jede Kommune die Chance hat, von dem Programm zu profitieren.“ Gefördert werden sollen kommunale Sporthallen, Hallenschwimmbäder und Sportfreianlagen, darunter auch Fußballplätze und Leichtathletikanlagen sowie darüber hinaus Sportleistungszentren und Vereinssportstätten. „Ich bin stolz darauf, dass die CDU-Fraktion maßgeblich an dem Programm mitgewirkt hat. Diese Arbeit wird sich auch auf Braunschweig positiv auswirken. Ich freue mich darauf,

dass wir mit diesen Mitteln Vereins- und kommunale Sportstätten auch bei uns vor Ort sanieren können“, so Oliver Schatta abschließend.

Politikstudenten besuchten Niedersächsischen Landtag

Kürzlich waren 20 Politikstudenten der TU Braunschweig der Einladung des CDU-Landtagsabgeordneten Christoph Plett gefolgt, ihm im Niedersächsischen Landtag in Hannover einen Besuch abzustatten.



In Begleitung des Inhabers des Lehrstuhls für Vergleichende Regierungslehre und Politikfeldanalyse (ehemals Innenpolitik), Prof. Dr. Nils C. Bandelow, schaute die Gruppe zunächst einen einleitenden Film über die Arbeit und die Aufgaben des Landtages. Anschließend nahmen die Studierenden für eine Stunde als Zuschauer an einer Plenarsitzung teil, bevor sie sich mit insgesamt sechs Abgeordneten aller Parteien zu einer

Diskussion trafen. Hierbei standen regionale Themen wie Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung des Braunschweiger Landes und die Chance der TU Braunschweig, eine Exzellenzuniversität zu werden, im Vordergrund. Als Höhepunkt des Besuchs hatte Christoph Plett ein Gespräch mit dem Minister für Wissenschaft und Kultur, Björn Thümler MdL, organisiert. Die Studierenden nutzten diese Gelegenheit zum regen Austausch.

Uwe Schünemann besucht Linnhoff & Henne GmbH & Co. KG

Linnhoff & Henne GmbH & Co. KG ist ein weltweit operierendes Maschinenbauunternehmen, das sich auf Gussasphaltmaschinen spezialisiert hat. Dazu zählen Gussasphaltkocher bzw. Gussasphaltfertiger sowie Einbaubohlen in jeweils unterschiedlichen Größen und Ausführungen. Alle Maschinen zeichnen sich durch eine hoch spezialisierte Gussasphalttechnik aus, die es ermöglicht, den Baustoff „Gussasphalt“ in der Maschine aufzubereiten, zu transportieren und an den unterschiedlichsten Einsatzorten fachgerecht einzubauen. Im Jahr 2003 zog die Firma von Holzminnen nach Stadtoldendorf auf das Gelände der Yorck-Kaserne. Für den Geschäftsführer des heutigen Unternehmens Linnhoff & Henne GmbH & Co. KG, Henning Stahl, die absolut richtige Entscheidung. Als weltweit führendes Unternehmen

in der Gussasphalttechnik mit inzwischen 50 Mitarbeitern ist man auch hier auf digitale Infrastruktur angewiesen, fühlt sich aber durch falsche Weichenstellung des Landkreises im Stich gelassen. Das mangelnde Interesse junger Menschen an handwerklichen Berufen könnte in den nächsten Jahren zu einem Fachkräftemangel führen. Deshalb wird sich der CDU-Landtagsabgeordnete Uwe Schönemann für eine größere berufliche Orientierung an allen Schulen des Landkreises noch stärker einsetzen.



Besuch im Grenzlandmuseum Eichsfeld

Mit Thomas Ehbrecht und Jörg Hillmer haben zwei Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur im Niedersächsischen Landtag das Grenzlandmuseum Eichsfeld besucht. Ein zentrales Thema während des Besuches der beiden CDU-Politiker war die Förderung des Museums. Wolfgang Nolte, stellvertretender Vorsitzender des

Trägervereins, betonte bei dem Besuch: „Es ist für uns ein Grundanliegen, die Einrichtung auf stabile Beine zu stellen – eingebunden in die Mahn- und Erinnerungsarbeit in Thüringen und Niedersachsen.“ Denn nur dann sei es möglich, gelegentlich auch Türen des Bundes aufzustoßen. Die Landtagsabgeordneten erklärten, dass zumindest einmal eine Landesförderung für die Gedenkstätte etabliert worden sei. Das Ziel müsse es sein, das für die kommenden Jahre zu verstetigen. Es gehe darum, eine perspektivische Erinnerungskultur an der innerdeutschen Grenze zu etablieren. Die Erlebnisgeneration, die die Teilung mitgemacht hat, müsse niemand erinnern. Aber für die nachfolgenden Generationen sei es nicht vorstellbar. Umso wichtiger sei, dass alle Schülerinnen und Schüler solche Einrichtungen besuchen könnten. Dafür könne der Schulträger beispielsweise einen Festbetrag für eine Busfahrt finanzieren, damit solche Besuche am Ende nicht am fehlenden Geld der Eltern scheitern. Denn die Gedenkarbeit zur deutsch-deutschen Teilung sei zusätzlich zur KZ-Gedenkarbeit ebenfalls sehr wichtig. Thomas Ehbrecht sprach in dem Zusammenhang die Verzahnung mit den umliegenden Gedenkstätten in Friedland und Nordhausen an. „Wir sind eine niedersächsisch-thüringische Einrichtung“, betonte Geschäftsführerin Mira Keune. „Wir brauchen die Länder und die Kommunen, denn als Verein können wir es allein nicht schaffen.“ Jetzt müsse ein

Titel im Haushalt etabliert werden, betonten die beiden Landtagsabgeordneten. Denn es sei auf jeden Fall eine staatliche Aufgabe. „Unser Impuls ist dabei nicht touristisch, sondern die Bildung. Das kann man nicht an der Tafel zeigen, sondern muss es erleben“, erklärte Hillmer.



„Erfahrungen aus TRIDENT JUNCTURE 2018 – Herausforderungen für die VTJF 2019“ – ein Vortrag von Brigadegeneral Ullrich Spannuth

Am 26. März lud der Vorstand der Reservistenarbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Landtag im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, Landesgruppe Niedersachsen, zur ersten Vortragsveranstaltung ein.

Im Rahmen der Veranstaltung hielt Brigadegeneral Ullrich Spannuth, Kommandeur der Panzerlehrbrigade 9 aus Munster, einen Vortrag über seine Erfahrungen aus „Trident Juncture 2018“, bei dem es sich um das größte Manöver der NATO seit dem Ende der REFORGER-Großmanöver in den 1980er Jahren handelt. Das Manöver fand vom 25. Oktober bis 23. November 2018 in Norwegen statt. An der Übung nahmen rund 50.000 Soldaten aus 29 NATO-Mitgliedsstaaten sowie aus Schweden und aus Finnland teil. Zudem wurden bei der Großübung 150 Luftfahrzeuge, 70 Wasserfahrzeuge und 10.000 Bodenfahrzeuge sowie die NATO Response Force (NRF) mit der Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) unter Führung des deutschen Brigadegenerals Ullrich Spannuth eingesetzt. General Spannuth berichtete nicht nur über seine Erfahrungen und die Aufgaben der Schnellen Eingreiftruppe in der Praxis, sondern auch über den gesamten Verlauf der Großübung „Trident Juncture 2018“. Vor allem aber machte er deutlich: „Es geht nicht um Aufrüstung, sondern um Ausrüstung“. Die Bundeswehr müsse wieder zurück zur Vollausstattung, denn vernünftig ausbilden könne man nur, wenn das Gerät und die Ausrüstung vorhanden sind und nur, wenn eine vernünftige Ausbildung stattgefunden hat, könne man letztendlich auch ausführen. General Spannuth erntete für seine Worte sehr viel Zustimmung von den rund

60 anwesenden Gästen. Als Dank für diesen erkenntnisreichen und spannenden Vortrag erhielten der Brigadegeneral sowie auch Landtagsvizepräsident und Gründer der Reservistenarbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Landtag, Frank Osterhelweg, von Oberst Schreiber ein für die Hannoversche Region typisches Mischgetränk – Lüttje Lage – welches beide lachend entgegen nahmen.



Aktuelles aus dem März-Plenum

Missbrauch von psychoaktiven Substanzen verhindern: Durch zielgerichtete Aufklärung vor K.O.-Mitteln schützen

Die CDU-Landtagsabgeordnete Laura Rebuschat sprach im März-Plenum zum Missbrauch von psychoaktiven Substanzen. Es gebe über 100 Wirkstoffe, die entweder als Partydrogen oder als sogenannte K.O.-Mittel missbraucht werden können. Die große Mehrheit dieser Wirkstoffe komme zumeist ganz legal in der Medizin oder in der Industrie vor. Meist werden diese K.O.-Mittel in Bars und Discotheken, aber auch im Rahmen privater Feiern unbemerkt ins Getränk des Opfers getan. Das Ziel sei, das Opfer zu enthemmen oder gar zu betäuben. Raub, Belästigung, Körperverletzung und sogar Vergewaltigung seien Straftaten, die dann von den Tätern an wehr- und teilweise sogar bewusstlosen Menschen verübt werden. Besonders „perfide“ dabei sei, dass das Opfer in der Regel unter Gedächtnisverlust leide – es habe einen Filmriss und wisse dementsprechend nicht, was passiert ist. Insbesondere für Vergewaltigungsopfer sei das sehr traumatisch und belastend. „Genau deshalb ist es gut und wichtig, in diesem Feld zu verbessern, was noch verbessert werden muss“, betonte die Abgeordnete im Plenum.

Die CDU habe sich bereits eingehend mit der Thematik befasst und Gespräche mit Apothekern, der Polizei und mit Menschen, die sich mit der Beweissicherung in Verdachtsfällen beschäftigen, geführt. Dabei sei herausgekommen, dass bisherige Präventionsmaßnahmen wie beispielsweise die immer wieder vorgeschlagene Vergällung von Wirkstoffen, das heißt das Bittermachen dieser Substanzen, nur wenig bis gar keine Wirkung zeigt. Die Idee hinter der Vergällung sei, dass das potenzielle Opfer wegen des bitteren Geschmacks sofort schmeckt, wenn ihm etwas ins Getränk getan wurde, und damit sofort gewarnt ist. Aus Fachkreisen werde jedoch deutlich signalisiert, dass der gewünschte Effekt, dass das Opfer die vergällte Substanz herausschmeckt, in der Realität gar nicht erreicht wird. Deshalb habe die CDU eine andere Stellschraube identifiziert, an der es sich anzusetzen lohne – das sei die gezielte Aufklärung bei potenziellen Opfern und bei Beteiligten, die im Verdachtsfall schnell handeln müssen. „Denn der Faktor Zeit ist bei diesem Thema entscheidend“, erklärte Rebuschat. Der menschliche Körper baue K.O.-Mittel nämlich sehr schnell im Blut ab. Nach nur wenigen Stunden sei ein Nachweis zumeist nicht mehr möglich. „Umso wichtiger ist es, genau dieses Wissen über Gefahren und richtige Abläufe im Verdachtsfall dort, wo es angebracht ist, zu verbreiten.“ Mit einer landesweiten Informationskampagne will sich

die Landesregierung nun darauf konzentrieren, die richtigen Menschen an den richtigen Orten aufzuklären. Beispielsweise im Rahmen von Mädchensprechstunden bei Gynäkologen und auch das Personal in Bars und in Discotheken muss mit einbezogen werden. Ebenso Arztpraxen und Polizeistationen. Zum Schluss betonte die Abgeordnete noch einmal: „Der Faktor Zeit ist entscheidend. Die zielgerichtete Aufklärung der richtigen Menschen an den richtigen Orten ist entscheidend.“



Im Interview mit Nachwuchs-Journalisten am Rande des Plenums erläuterte Laura Rebuschat noch einmal den Antrag der Landesregierung zum Thema Schutz vor K.O.-Mitteln.

Christoph Plett zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Informationsfreiheit



Im März-Plenum sprach der CDU-Landtagsabgeordnete Christoph Plett über ein mögliches Gesetz zur Einführung der Informationsfreiheit, welches den Bürgerinnen und Bürgern einen schnellen Weg zu Informationen, unter anderem aus der Verwaltung, bieten soll. Die Koalition aus CDU und SPD will die Erfahrungen anderer Bundesländer mit einem Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz evaluieren und auf der Grundlage dieser Ergebnisse über die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes in Niedersachsen später entscheiden.

„Die Erlangung von Informationen ist wichtig“, so Plett. „Sie darf aber nicht dazu führen, dass der Datenschutz unterlaufen wird, insbesondere der Schutz von persönlichen Daten z.B. des Sacharbeiters aus der Verwaltung, der Auskunft geben soll.“ Es müsse erst einmal geprüft werden, ob der bisher vorgelegte Gesetzentwurf diesem Schutz überhaupt dient. Beispielsweise müsse geklärt werden, ob der Schutz der persönlichen Daten von Einsatzkräften der Polizei oder der Hilfswerke wie dem DRK, insbesondere vor dem Hintergrund von Angriffen auf Einsatzkräfte in unserem Land, gesichert ist. Darüber hinaus müsse gefragt werden, ob die Namen und Dienstanschriften von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die die Vorgänge bearbeiten, veröffentlicht werden müssen. Auch diese würden vermehrt außerhalb des Dienstes angegangen werden. Hier sei laut Plett noch keine klare Regelung vorhanden. Es sei nun zu überlegen, ob der vorgelegte Gesetzentwurf noch zeitgemäß ist, denn wenn gesagt wird, dass dieses Gesetz in allen Bundesländern bereits umgesetzt worden sei, dann stimme das zwar, allerdings war dies vor 20 Jahren und die Entwicklung geht weiter. „Wir als Niedersachsen wollen an der Spitze stehen mit einem Wirtschaftsminister, der auch in diesen Fragen vorangeht“, betonte der Landtagsabgeordnete abschließend.

Terminvorschau – eine Auswahl

Mo 15.04.2019 | 12:00 | Oberfeld | Thomas Ehbrecht

30-Jahrfeier des SU KV Göttingen im Museumskrug in Oberfeld mit Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast

Mi 24.04.2019 | 18:00 | Seulingen | Thomas Ehbrecht

Veranstaltung des Kreisverbandes Göttingen mit Ralph Brinkhaus im Schützenhaus in Seulingen

Do 25.04.2019 | 15:00 | Hannover | Frank Oesterhelweg

Rede beim feierlichen Gelöbnis der Bundeswehr in Hannover

Do 25.04.2019 | 18:00 | Wehnsen | Christoph Plett

Hoffest des CDU Gemeindeverbandes Edemissen mit Europakandidatin Martina Sharmann, Hof Mohwinkel in Wehnsen

Do 25.04.2019 | 19:00 | Bilshausen | Thomas Ehbrecht

Europawahl-Veranstaltung / Jahreshauptversammlung der Samtgemeinde Gieboldehausen mit Ute Bertram im Landgasthaus Venjakob

Fr 26.04.2019 | 18:00 | Königslutter | Veronika Koch

Wahlkampfauftakt mit David McAllister

Fr 26.04.2019 | 18:30 | Königslutter | Christoph Plett

Wahlkampfauftakt mit David McAllister, Königshof Königslutter

Do 02.05.2019 | 19:00 | Hann. Münden | Uwe Schünemann

Informationsveranstaltung zum Sportstättenanierungsprogramm mit Fritz Güntzler MdB

Mo 06.05.2019 | 19:00 | Wolfenbüttel | Frank Oesterhelweg

Veranstaltung zum Thema Pflegekammer in Wolfenbüttel, Ortsteil Halchter (Gemeinschaftshaus)

Di 07.05.2019 | 19:00 | Hildesheim | Uwe Schünemann

Vortrag „Innere Sicherheit mit Bezug zur islamistischen Szene in Hildesheim“, CDU OV Hildesheim, Neustädter Markt 45

HiBs im Niedersächsischen Landtag

Impressum

HiBs-Team im Niedersächsischen Landtag
c/o Veronika Koch
Wissenschaftliche Mitarbeiterin Amelie Sander
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: 0511 3030-3215
Mail: hibs@outlook.de

Die Abgeordneten des HiBs-Teams:

Thomas Ehbrecht
Veronika Koch
Frank Oesterhelweg
Christoph Plett
Laura Rebuschat
Oliver Schatta
Uwe Schünemann